

Presseinformation

Banken-Tarifverhandlungen abgebrochen: Verdi baut weitere unüberwindbare Hürden auf, auch nach fast sieben Monaten keine Einigung in Sicht – Arbeitgeber empfehlen Einmalzahlung von 500 Euro für Tarifbeschäftigte

- **Sabine Schmittroth: „Wir sind sehr enttäuscht, dass keine Kompromissbereitschaft erkennbar ist“**
- **Tarifstreit nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen**
- **Inhaltliche Modernisierung des Tarifwerks derzeit mit Verdi nicht umsetzbar, Fortsetzung der Verhandlungen offen**

Berlin, 17. Januar 2022. Die Tarifverhandlungen für das private Bankgewerbe sind am Montag ergebnislos abgebrochen worden, weil die Gewerkschaft Verdi zusätzliche unüberwindbare Hürden für eine Tarifeinigung aufgebaut hat. So hat Verdi ihre ursprüngliche Gehaltsforderung (4,5 % für 12 Monate) massiv verschärft, was zu einer Belastung des laufenden Kalenderjahres in Höhe von 7,1 % führen würde. Verdi verlangt jetzt bei einer Laufzeit von 24 Monaten eine Einmalzahlung von 1.500 Euro, die Erhöhung der Tarifentgelte um 3,5 % zum Januar 2022 und um weitere 2,5 % zum Januar 2023 sowie zwei zusätzliche Urlaubstage, was einer dauerhaften Verteuerung der Arbeit um weitere 0,9 % entspricht. Darüber hinaus will Verdi das Verhandlungspaket mit den wichtigen Themen Mobilarbeit, Nachwuchskräfte und Sozialpartnermodell Betriebsrente aufweichen und wichtige Elemente erst im weiteren Jahresverlauf verhandeln, obwohl die Verhandlungen zur inhaltlichen Modernisierung des Tarifwerks teilweise bereits seit fast zwei Jahren intensiv geführt werden. Damit ist auch knapp sieben Monate nach dem Start der Verhandlungen mit bislang fünf Runden keine Einigung in Sicht.

„Wer mehr als ein halbes Jahr lang auf völlig unrealistischen Maximalforderungen beharrt und diese jetzt sogar noch erheblich verschärft, entzieht weiteren Verhandlungen die Basis. Wir sind sehr enttäuscht, dass keine Kompromissbereitschaft erkennbar ist“, sagte Sabine Schmittroth, Verhandlungsführerin der Banken-Arbeitgeber. Verdi schlage ein großes Stück Zukunft aus der Hand. Sabine Schmittroth: „Mit Verdi ist die verab-

redete Modernisierung des Tarifwerks derzeit offensichtlich nicht umsetzbar. Das ist ernüchternd.“ Mit ihrem Verhalten stelle Verdi infrage, ob eine baldige Fortsetzung der Tarifverhandlungen sinnvoll sei. Vieles spreche jetzt für eine längere Denkpause.

Presseinformation

Berlin,
17. Januar 2022
Seite 2

Im Vorgriff auf einen möglichen Abschluss empfiehlt der AGV Banken seinen Mitgliedsunternehmen bis April 2022 eine Einmalzahlung für Tarifbeschäftigte in Höhe von 500 Euro und für Auszubildende in Höhe von 100 Euro (jeweils brutto). „Der Tarifstreit mit Verdi soll nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Nachwuchskräfte ausgetragen werden“, begründete Sabine Schmittroth diesen Schritt. Mit der Einmalzahlung stärken die Arbeitgeber insbesondere die Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen, weil die Zahlung für diese überproportional wirke.

Dem AGV Banken gehören rund 100 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit rund 135.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen.

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang
Hauptgeschäftsführer
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74